Bezugspreis für Oktober durch die Post bezogen 2,00 Mk. ausschl. Bestellgeld, in der Stadt Münster 2,00 Mk.
Beilagen: „Am Weg der Zeit" (für das Geistesleben der Gegenwart), „Der Erzähler", „Der Frauen Welt und Heim" „Jugendland", „Der Wanderer" (für Reise, Bäder und Verkehr), „Stamm und Scholle" (aus Leben und Geschichte der Heimat), „Technik und Erfindung", „Der Münsterländer" (für Feld, Garten und Haus).
Sonder-Ausgaben: Steinfurter Anzeiger, Warendorfer Anzeiger, Westmünsterländer Anzeiger, Borken-Bocholter Anzeiger (nur für die Bezieher der jeweiligen Kreise wochentäglich).
Redaktion und Verlag Gallitzinstraße 13, Ecke Hamburger Straße — **Fernsprecher** Nr 2418 2449 und 2450.
Geschäftsstelle: Münster, Prinzipalmarkt 13/14 Fernspr. Nr. 78. — Rheine, Emsstraße 31 a. Fernspr. 670.
Berliner Redaktion: Paul Fr. Hüsgen, Berlin SW 48, Hedemannstraße 25 Fernsprecher Hasenheide 883.

Münsterischer Anzeiger
und Münsterische Volkszeitung

Preis 10 Pfg. im Einzelverkauf.
Anzeigen: Das mm Höhe, 29 mm breit, kostet für Anzeigen von Auftraggebern außerhalb des Reg.-Bezirks Münster, sowie für alle amtlichen Finanz-, Sammel-, Markenartikel- und Vergnügungsanzeigen 15 Pfg., für sonstige Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 11 Pfg., aus der Stadt Münster 8 Pfg. Familienanzeigen 8 Pfg., bei Barzahlung 7 Pfg., kleine Anzeigen des privaten Verkehrs aus Münster bei Barzahlg. 6 Pfg.
Reklamen: Das mm 90 Pfg. (Spaltenbreite 90 mm). Für Erfüllung von Platzvorschriften sowie Aufnahme an bestimmten Tagen und in bestimmter Größe wird keine Gewähr, sowie für Druck- und Schönheitsfehler keine Haftung übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen 4 Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt
Beilagen: Gebührenberechnung nach Gewicht.
Postscheck-Konto Köln 42 114. Erfüllungsort Münster i. W.

Morgen-Ausgabe. Donnerstag, den 13. Oktober 1927 76. Jahrgang. Nr. 1047

Die Schuldebatte im Reichstag.

vdz **Berlin,** 12. Okt. **(Tel.)** Zur Beratung des Reichsschulgesetzes, die im Reichstag am 18. Oktober, spätestens am 19. Oktober beginnen wird, haben von den Oppositionsparteien bisher nur die Sozialdemokraten und die Kommunisten ihre Fraktionsredner bestimmt. Für die Sozialdemokraten werden die Abgg. Schreck und Löwenstein evtl. der frühere Staatssekretär Schulz sprechen, für die Kommunisten die aus Moskau wieder zurückgekehrte Frau Klara Zetkin und der Abg. Schneller. Die Demokraten werden erst am nächsten Dienstag ihre Redner bestimmen. Auch die Regierungsparteien haben die Rednerfrage noch nicht geregelt und es besteht die Möglichkeit, daß sie sich auf eine gemeinsame Erklärung einigen.

Sachsens Abänderungsanträge zum Reichsschulgesetz.

tu **Dresden,** 12. Okt. **(Tel.)** Die sächsische Staatszeitung veröffentlicht heute die Abänderungsanträge Sachsens zum Reichsschulgesetz und bemerkt dazu, daß diese Anträge weitergehend seien, als die der preußischen Regierung. Der Reichsschulgesetzentwurf wird als verfassungswidrig angefochten, weil er der Gemeinschaftsschule nicht die ihr von der Reichsverfassung gewährleistete Vorzugsstellung einräume, sondern sie ebenso wie die Bekenntnisschule und die weltliche Schule zur Antragsschule macht. Die sächsische Regierung verlangt daher eine Aenderung des § 2. Daß die Gemeinschaftsschule die Grundlage für das sächsische Volksschulwesen bleiben muß, wird als Voraussetzung dafür bezeichnet, daß die sächsische Regierung dem Reichsschulgesetz ihre Zustimmung geben könne. Für die Gewährleistung eines geordneten Schulbetriebes wird weiter eine Regelung gewünscht, die verhindert, daß die auf Antrag einzurichtenden Schulen eine übergroße Zersplitterung hervorrufen. Die sächsische Regierung stellt daher zum § 9, Absatz 2, einen Aenderungsantrag, der ein solches Ergebnis verhindern soll. Ferner wendet sich die sächsische Regierung gegen die Bestimmung, die die Schulhoheit des Staates beeinträchtigen könnte oder auch nur eine mittelbare Wiederkehr der geistlichen Schulaufsicht in sich schließen könnte. Auch das Kontrollrecht der Religionsgesellschaften wünscht die sächsische Regierung weiter eingeschränkt zu sehen. Ebenso wie die preußische Regierung stellt die sächsische Regierung endlich den Antrag, daß die Kosten des neuen Schulgesetzes vom Reich zu erstatten sind.

Der Reichskanzler in der Pfalz.

tu **Speyer,** 12. Okt. **(Tel.)** Reichskanzler Dr. Marx traf heute vormittag von Mainz kommend, mit Kraftwagen in Speyer ein, wo er von dem bereits am Dienstag abend eingetroffenen bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Held, dem bayerischen Innenminister und dem Regierungspräsidenten der Pfalz, Dr. Matthäus, begrüßt wurde. Kurz nach 10 Uhr begab sich der Reichskanzler mit seiner Begleitung zu Fuß in das Regierungsgebäude, um dann anschließend unter Führung des Ministerpräsidenten Dr. Held und des Innenministers eine Besichtigung der Rheinschiffsbrücke vorzunehmen. Der Reichskanzler ließ sich sehr eingehend über das Projekt des Rheinbrückenbaues unterrichten. Weiterhin wurde unter Führung des Bischofs von Speyer, Dr. Sebastian, der Dom besichtigt. Der Reichskanzler verläßt heute abend das besetzte Gebiet mit dem fahrplanmäßigen Zug 20,35 Uhr ab Mannheim, zur Rückreise nach Berlin.

Die Beamtenbesoldung vor dem preußischen Staatsrat.

tu **Berlin,** 12. Okt. Der preußische Staatsrat begann heute abend die Beratung des Beamtenbesoldungsgesetzes. Dem Staatsrat liegt ein Gutachten seines Ausschusses vor, wonach eine allgemeine Erhöhung der Beamtengehälter für notwendig bezeichnet und eine Annäherung der Dienstbezüge an die Friedensrealgehälter gefordert wird. Das Gutachten weist darauf hin, daß die durch die Besoldungsvorlage entstehende Steigerung der Ausgaben einen Senkung der Steuerlast, insbesondere auf dem Gebiete der Realsteuern bei Annahme der Vorlage unmöglich machen wird. Eine stärkere Überweisung von Reichssteuern an Ländern und Gemeinden wird deshalb für notwendig gehalten. Weiter müsse die Verwaltungsreform ernstlich in Angriff genommen werden, wobei an der immer dringender werdenden staatsrechtlichen Neuordnung des Verhältnisses von Reich und Ländern nicht vorübergegangen werden könne. Nach dem Gutachten verurteilt der Staatsrat nachdrücklich die Preissteigerungen und fordert, daß die Mehrkosten aus der Erhöhung der Lehrergehälter zu Lasten des Staates gehen. Gefordert wird im einzelnen eine erneute Prüfung der Bestimmungen über Wartegeld, Ruhegehalt usw., da diese den Lebensbedürfnissen besonders auch der Altpensionäre nicht mehr gerecht werden. Das Gutachten bezeichnet es als zweckmäßig, die Zahl der Besoldungsgruppen und Untergruppen durch stärkere Zusammenfassung ohne finanzielle Mehrbelastung zu vermindern und hält die in Aussicht genommene Erweiterung des Kreises von Beamten, denen Aufwandsentschädigungen gewährt werden sollen, nicht für erforderlich.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff führte aus: „Die preußische Staatsregierung hält in Übereinstimmung mit der Reichsregierung die Erhöhung der Beamtenbesoldung für notwendig. Unbestreitbar bleiben die jetzigen Gehälter hinter den Friedensrealgehältern nicht unerheblich zurück, das wird auch durch den Reparationsagenten anerkannt, der insbesondere die Beamtengehälter in den mittleren und oberen Gruppen für unzureichend erklärt. Einwendungen gegen die Besoldungsneuordnung könnten nur erhoben werden hinsichtlich der Frage des Ausmaßes der Besoldungserhöhung und bezüglich des Zeitpunktes der Durchführung der Erhöhung. Gegen den ersten Einwand sprechen die Zahlen und der Zeitpunkt der Durchführung der Besoldungserhöhung wird gerechtfertigt durch die Tatsache, daß die kommenden Jahre politisch ohnehin genug belastet sein werden und eine neue Besoldungsordnung nicht tragen würden. Ein Teil des Besoldungsmehraufwands wird aus laufenden Mehreinnahmen gedeckt werden können. Ob es gelingen wird, eine stärkere Hilfe vom Reich zu erhalten ist eine offene Frage. Ich glaube, die preußische Staatsregierung wird auf die grundsätzliche Forderung, daß das Reich helfen muß, nicht verzichten können. Sollten wir vom Reich nicht unterstützt werden durch die Änderung des Gesamtausgleiches, so wird die Deckung für Länder und Gemeinden sehr schwer sein. Wenn die bevorstehende Besoldungserhöhung für Preiserhöhungen benutzt werde, so könne das nicht stark genug verurteilt werden. Dazu liegt kein Anlaß vor, weder das Reich noch Preußen plane größere Steuererhöhungen. Zu warnen sei vor einer Angstpsychose, die sich darin auswirkt, daß die Beamten in der Erwartung von Preiserhöhungen alles mögliche einkaufen, sie sollten es ablehnen in Geschäften zu kaufen, die ungerechtfertigte Preissteigerungen vornehmen. Der Minister schloß mit der Hervorhebung, daß die vorgeschlagene Erhöhung die äußerste Grenze bilde. Die Besoldungserhöhung sei jedoch eine staatspolitische Notwendigkeit.

Bei der Abstimmung wurde ein sozialdemokratischer Antrag betr. Aufrechterhaltung der Gleichstellung mit Staatsbeamten angenommen. Dem Gutachten des Hauptausschusses wurde zugestimmt. Hierauf vertagte sich der Staatsrat auf Donnerstag.

Probleme des deutschen Einzelhandels.

Die Tagung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels.

Ansprache des preußischen Handelsministers.

tu **Berlin,** 12. Okt. Die heutige Mitgliederversammlung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels im Plenarsaal des Reichswirtschaftsrats wurde durch eine Ansprache des preußischen Handelsministers Dr. Schreiber eröffnet. Der Redner führte etwa folgendes aus: „Vor über einem Jahre bei der großen Kundgebung des deutschen Einzelhandels in Düsseldorf hatte der deutsche Einzelhandel die Schwierigkeiten der Inflationszeit kaum überwunden, und litt unter der Krise, die die Stabilisierung der Währung im Gefolge hatte. Seit jener Zeit hat sich die Zahl der Vollerwerbslosen von zwei Millionen auf etwa 500 600 vermindert und diejenige der Kurzarbeiter normalen Verhältnissen annähernd angepaßt. Es hat eine allgemeine Belebung der deutschen Wirtschaft stattgefunden, die sicherlich zu größeren Umsätzen im deutschen Einzelhandel geführt hat. Trotzdem ist es verständlich, wenn der deutsche Einzelhandel den Fragen der weiteren Wirtschaftsentwicklung und des mutmaßlichen Konjunkturverlaufs seine ernsteste Aufmerksamkeit schenkt. Redner glaubt, daß die allgemeinen Voraussetzungen für eine solche Entwicklung nicht ungünstig sind, jedenfalls dann nicht, wenn alle Kreise unserer Wirtschaft volkswirtschaftliche Einsicht genug haben werden, um eine zusätzliche Kaufkraft, wie sie die Besoldungsneuordnung für die deutsche Beamtenschaft mit sich bringt, nicht etwa in einer Preissteigerung, sondern vielmehr in einer Umsatzsteigerung auszuwerten. Die selbstverständliche Voraussetzung dabei ist, daß die ohnehin schweren Lasten, die der deutschen Wirtschaft auferlegt sind, aus Anlaß der Besoldungsneuregelung nicht etwa eine Erhöhung erfahren. Die Umsatzsteigerung bringt nun freilich für den Einzelhandel auch gewisse Schwierigkeiten mit sich, weil sie naturgemäß eine Erhöhung des Betriebskapitals des einzelnen Unternehmens der Regel nach zur Voraussetzung hat. Eine Zunahme des Gesamtumsatzes im letzten Jahr bedeutet, wenn nicht gleichzeitig die Zahlungsweise der Kunden eine promptere wird, eine nicht unerhebliche Mehrbeanspruchung von Betriebskapital. Eine zweckmäßige Ordnung der Kreditbeziehungen zwischen dem Einzelhändler und seinem Kunden sowohl wie zwischen ihm und seinen Lieferanten gewinnt daher ganz außerordentlich an Bedeutung.

Was die gegenwärtige Lage des Einzelhandels ganz allgemein erschwert, sind innere Strukturwandlungen im deutschen Wirtschaftsleben. Der Wettbewerb zwischen den einzelnen Unternehmungen ist wesentlich schärfer geworden. Rein zahlenmäßig haben von 1907 bis 1925 die Warenhandelsbetriebe überhaupt im jetzigen deutschen Reichsgebiet um nicht weniger als 267 000 zugenommen. Der Wettbewerb wird ferner erschwert durch das Anwachsen des Hausier- und Straßenhandels. Auch der Marktverkehr hat sich auf alle möglichen Waren ausgedehnt, für die er seinem Wesen nach keineswegs bestimmt war. Soweit der Einfluß der Verwaltung reicht, ist sie bemüht, auf diesen Gebieten wieder normale Verhältnisse herbeizuführen. Seit etwa einem Jahr hat eine Frage weite Kreise des deutschen Einzelhandels schwer beunruhigt, und zwar die Lockerung der Zwangswirtschaft für gewerblich genutzte Räume. Diese Frage hat eine befriedigende Regelung noch nicht gefunden. Der Redner ist der Meinung, daß das allgemeine Mietsrecht schleunigst dahin geändert werden muß, daß dem Mieter, der seine Pflichten gegenüber dem Vermieter erfüllt und insbesondere eine angemessene Miete bezahlt, nur dann gekündigt werden darf, wenn ein wichtiger Grund für die Kündigung vorliegt. Es wäre wertvoll, wenn der deutsche Einzelhandel diese wichtige Frage weiter mit aller Sorgfalt verfolgte.

Die Enttäuschung über das erschwerte Fortkommen und die geschmälerten Verdienstmöglichkeiten hat manche Kreise des Einzelhandels veranlaßt, den alten Ruf nach einem Eingreifen des Staates zur Abwehr der Konkurrenz finanziell besonders leistungsfähiger Großbetriebe und Konsumvereine zu erheben. Diese Einstellung ist für den Einzelhandel nicht unbedenklich. Es muß den Verbrauchern selbst überlassen bleiben, zu unterscheiden, welche Form des Handels ihren Bedürfnissen am meisten entspricht. Das aber darf der Einzelhandel vom Staat erwarten, daß er allen unlauteren Machenschaften auf dem Gebiete des Güteraustausches mit Entschiedenheit begegnet. Und weiter verlangt der Einzelhandel vom Staat mit vollem Recht, daß auf dem Gebiete der sozialen Errungenschaften der Sonntagsruhe und des behördlich verordneten Ladenschlusses alle Betriebe gleicher Art gleichmäßig behandelt werden. Das ist die Politik, die der preußische Handelsminister in diesen Fragen bisher verfolgt hat und weiter verfolgen wird. Aber staatliche Maßnahmen allein können einem Wirtschaftszweig nicht voranhelfen. Mit Freude stellt der Redner fest, daß alle Zweige des Einzelhandels im außerordentlichen Maße bemüht sind, sich selbst zu helfen. Auch auf dem Gebiete der Kundenbehandlung sind in letzter Zeit Fortschritte erzielt worden. Wenn in irgend einem Wirtschaftszweige der Zusammenschluß notwendig ist, um sich Geltung zu verschaffen, und um den gemeinsamen Fortschritt zu sichern, so gilt dies vom Einzelhandel. Die Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels ist das starke Bollwerk, das sich der deutsche Einzelhandel in der deutschen Volkswirtschaft geschaffen hat. Der Willenskundgebung eines solchen Verbandes kann sich weder die deutsche Öffentlichkeit, noch eine Regierung entziehen.

Das folgende Referat des Herrn M. Weiler, Mitglied der Industrie- und Handelskammer Essen, befaßte sich mit der „Lage des Lebensmitteleinzelhandels". Anstelle des im letzten Augenblick verhinderten Herrn Schacken nahm sodann Herr W. Hofmann-Bang, Vizepräsident der Industrie- und Handelskammer Frankfurt a. M. das Wort zu einem Vortrage über „Die Lage des Textil-Einzelhandels".

Den Abschluß der Vormittagstagung bildete ein von Lichtbildvorführungen begleiteter Vortrag des Ministerialrats Dr. Ing. Behrendt über das Thema „Der Einzelhändler als Bauherr".

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius über Fragen des Einzelhandels.

tu **Berlin,** 12. Okt. Auf der Tagung der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels hielt Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius am Mittwoch abend eine Rede, in der er u. a. ausführte: Die Bestrebungen, den Einzelhandel als entbehrlich auszuschalten, und seine Funktion entweder nach der Seite der Produktion oder nach der Seite der Verbraucher zu verschieben, könnten und würden immer nur auf beschränktem Gebiete Erfolge zeitigen; denn die Erfahrung lehre, daß sich für den unmittelbaren Verkehr zwischen Produktion und Verbrauch nur verhältnismäßig wenige Waren eignen. Der Weg, den die Ware vom Erzeuger zum Verbraucher zurücklege, müsse aber möglichst kurz und billig sein; denn jedes unnütze Zwischenglied verteuere die Ware und beeinträchtige den volkswirtschaftlichen Nutzen. Der Minister verwies auf den auf der Frankfurter Industrietagung besonders zum Ausdruck gekommenen Gedanken, daß die Aufgabe der Wirtschaft die Verbilligung der Ware sei. „Die Aufgabe des Einzelhandels im besonderen", so erklärte Dr. Curtius, „möchte ich in Anknüpfung daran mit den Worten kennzeichnen: Möglichst hoher Umsatz in Qualitätswaren bei niedrigsten Betriebskosten. Zur Lösung dieser Aufgabe muß der Einzelhandel die stets wechselnden Konjunktur-erscheinungen mit wachsamem Auge verfolgen und dabei insbesondere die Verhältnisse und Verschiebungen in der Verbraucherschaft und ihrer Kaufkraft eingehend beobachten. Steigt die Kaufkraft in breiten Verbraucherschichten, dann liegt es beim Einzelhandel ebenso wie bei der übrigen Wirtschaft, diese Steigerung der Kaufkraft durch größtmögliche Erhöhung des Warenabsatzes sich zunutze zu machen. Denn es entspricht alter Erfahrung, daß eine Besserung der Einkommensverhältnisse in gesteigertem Maße zur Beschaffung von Waren aller Art führt. Es wäre deshalb falsch, und eine Verkennung wichtiger wirtschaftlicher Gesetze, wenn die Steigerung der Kaufkraft, die mit einer Erhöhung der Einkommensverhältnisse großer Verbraucherschichten verbunden ist, zum Anlaß für eine Heraufsetzung der Preise genommen würde. Damit würde die Steigerung der Kaufkraft wieder aufgehoben und der Wirtschaft ginge der Vorteil, der aus ihr hätte gewonnen werden können, verloren, weil eine Ausweitung des Absatzmarktes damit unmöglich gemacht würde.

Die Reichsregierung erwarte, daß der Einzelhandel in der gegenwärtigen Kulturphase diese gesamtwirtschaftlichen Grundsätze und Forderungen beachte und damit zugleich seinen eigenen Interessen am besten diene. Der Redner freue sich, nach der Rede des preußischen Handelsministers vom Vormittag völlige Übereinstimmung zwischen Reich und preußischer Regierung in dieser bedeutenden Frage feststellen zu können. Dr. Curtius gab auch seiner Freude Ausdruck über die Feststellung des Vorsitzenden der Hauptgemeinschaft des Einzelhandels mit Bezug auf die Beamtenbesoldungsvorlage, „daß in keinem Einzelhandelsverband oder sonst einem Zusammenschluß von Detailgeschäften jemals der Gedanke hat Platz greifen können, daß höhere Einkommen breiter Beamtenschichten ein Anlaß zur Preissteigerung seien und daß unter normalen Umständen die Gehaltserhöhung zu einer Verbilligung hätte führen können, vielleicht auch noch dazu führen würde." Unbedingtes Festhalten des gesamten Einzelhandels am gegenwärtigen Preisstand werde nicht nur den Absatz halten, und fördern, und dadurch mindestens auf die Dauer reicheren Ertrag bringen als vorübergehende Heraufsetzung von Preisen, sondern werde weit darüber hinaus einen festen Damm für die Konjunktur bilden.

Der Minister wies auf die Notwendigkeit der Rationalisierung der Unkostensenkung hin und erklärte weiter, ein selbständiger Einzelhandel sei für eine erschöpfende und rasche Warenvermittlung zwischen Produktion und Verbrauch unentbehrlich. Seine Aufgabe sei die Erzielung eines möglichst hohen Umsatzes in Qualitätswaren durch größtmögliche Senkung der Vertriebskosten und einen möglichst billigen Verkaufspreis.

Dr. Curtius befaßte sich dann mit der Entwicklung des Einzelhandels in der deutschen Wirtschaft und stellte mit Befriedigung fest, daß die Berufsvertretungen des deutschen Einzelhandels nur mit Vorsicht und Zurückhaltung an das an sich zweifellos notwendige und höchst wichtige Studium der amerikanischen Absatzmethoden herangegangen seien und dabei die besondere Eigenart der deutschen Verhältnisse sorgfältig berücksichtigten. Die wirtschaftliche Entwicklung habe für den Einzelhandel wieder zu einer freieren und günstigeren Marktlage geführt. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit und die bevorstehende Besoldungserhöhung der Beamten würden zu einer Verstärkung der Kaufkraft in wichtigen Verbraucherschichten führen.

Daß die Gefahr eines Totredens der Konjunktur bestehe, sei schon wiederholt geltend gemacht worden. Wir sollten uns alle, so erklärte der Minister zum Schluß, davor hüten, Laubfrosch oder Unke der Konjunktur zu spielen. Die richtige Haltung scheine ihm darin zu liegen, daß wir die Gunst der Stunde maßvoll gemessen und es nicht Till Eulenspiegel nachmachen, der den Aufstieg in der Hoffnung auf den Abstieg beschleunigte. Der Wirtschaft sei nicht mit Höhen und Tiefen, nicht mit Hochspannung und Erschlaffung, nicht mit Überstürzung und Erstarrung gedient. Sie erfordert ruhiges, stetiges, ebenes Fortschreiten."

*

tu **Berlin,** 12. Okt. **(Tel.)** Heute abend fand im „Rheingold" eine große Kundgebung der Hauptgemeinschaft des deutschen Einzelhandels statt, auf der zunächst der Vorsitzende der Hauptgemeinschaft, Herr Heinrich Grünfeld, eine längere Begrüßungsansprache hielt, in der er auf die Besserung der Konjunktur und die sich aus der Gehaltssteigerung für die Wirtschaft ergebenden Fragen einging. Nach ihm sprach Reichsminister Curtius. (Die Ausführungen des Ministers haben wir bereits oben ausführlich wiedergegeben. D. Red.) Nach der Rede des Reichswirtschaftsministers hielt Oberbürgermeister Dr. Most eine Ansprache über den „Einzelhandel im Staat und Gesamtwirtschaft", in der er die einzelnen aus der Situation sich ergebenden Aufgaben des Einzelhandels schilderte. Die Kundgebung schloß mit einem Schlußwort des Herrn Professors Kastner, in dem dieser noch einmal die volkswirtschaftliche Bedeutung des Einzelhandels hervorhob.

Weitere Abnahme der Arbeitslosigkeit.

w **Berlin,** 12. Okt. **(Tel.)** In der 2. Hälfte des September ist die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 303 000 auf 286 000 zurückgegangen, die der weiblichen von 78 000 auf 69 000, die Gesamtzahl von 381 000 auf 355 000. Der Gesamtrückgang beträgt also rund 26 000, das ist 6,8 Prozent. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Familienmitglieder) hat sich im gleichen Zeitraum von 426 000 auf 406 000 vermindert. Der Gesamtrückgang in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger im Monat September beträgt rund 49 000, gleich 12,1 Prozent. Ueber die Krisenfürsorge liegt eine neuerliche Zahl noch nicht vor.

Preußischer Landtag.

vdz **Berlin,** 12 Okt. **(Tel.)**

Präsident **Bartels** teilt mit, daß der Abg. Art-Kreuzburg (DB) sein Mandat niedergelegt habe.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gibt dann der Abg. **Blank** (Z) folgende

Erklärung gegen den Artikel des „Montagmorgen"

unter der Ueberschrift: „Abgeordnete besorgen Buchmacherposten", ab In Nr. 41 der Zeitung „Der Montagmorgen" vom 10. Oktober 1927 ist unter der Ueberschrift „Abgeordnete besorgen Buchmacherposten" ein Artikel erschienen, der in seiner Tendenz beleidigend und herabsetzend wirkt. Unter anderem ist am Schluß gesagt, „daß zwei Abgeordnete sich selber eine Konzession zum Mißbrauch ihrer parlamentarischen Stellung gegeben haben". Hierzu erkläre ich, daß ich die in der ganzen Affäre gemeinten Personen außer dem Abgeordneten Tei.scheidt weder vorher gekannt noch nachher irgend etwas mit ihnen zu tun gehabt habe und daß ich mich niemals direkt oder indirekt um Buchmacherkonzessionen gekümmert habe. In Ausübung meiner dienstlichen Tätigkeit war ich während der Parlamentsferien als einer der wenigen in Berlin anwesenden Abgeordneten um Auskunftserteilung wegen Verleihung von Buchmacherkonzessionen durch einen Herrn Agaciak angegangen worden. Außer dem Hinweis auf den Abg. Teitscheidt als Antragsteller des fraglichen Antrages im Landtage, der mit der Materie vertraut war, habe ich mit der Angelegenheit nichts zu tun. Wegen der kränkenden unwahren Behauptung ob gen Schlußsatzes habe ich Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gegen den Artikelschreiber gestellt.

Abg. **Kerff** (K) beantragt dann die sofortige Beratung von Anträgen, die sich mit dem Konkordat und dem Reichsschulgesetz beschäftigen.

Der Antrag scheitert am Widerspruch der Zentrumsabgeordneten.

Ebenso wird ein Antrag **Abel** (K) durch deutschnationalen Widerspruch abgelehnt, die Lohnbewegung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau auf die Tagesordnung zu setzen.

In Erledigung der Tagesordnung überweist das Haus Anträge über den Ausbau des Stralsunder Hafens dem Hauptausschuß. Es folgt die Besprechung der von allen Parteien vorgelegten Anträge über die

Unwetterschäden.

Abg. Dr. **Hoesch-Neukirchen** (DN) begründet Anträge, die die Bereitstellung von Staatsmitteln für die Rückzahlung der am 7. November 1927 fällig werdenden 293 Millionen an die Landwirtschaft gegebener Rentenbank-Kredite verlangen; Reichsmittel sollen zu dem gleichen Zwecke gefordert werden. Die Einziehung der vorausbezahlten Kredite von den landwirtschaftlichen Schuldnern soll bis deren wiederhergestellten Leistungsfähigkeit gestundet werden. Ferner wird u. a. eine allgemeine Hilfsaktion der Staatsregierung zur Linderung der Unwetterschäden der Stadt Ruhland und dabei eine mit Hilfe des Reichs durchzuführende Regulierung des Elsterbeckens gefordert. Außerdem begründet der Redner u. a. noch eine große Anfrage ob das Staatsministerium bereit sei, vorbehaltlich weiterer späteren Maßnahmen in allen Notstandsgebieten Steuer- und Zinsstundungen eintreten zu lassen, bzw. zu erwirken.

Abg. **Roesingh** (Z) begründet einen Antrag seiner Fraktion, das Flußgebiet der Malxe in das große Regulierungswerk des Spreewaldes aufzunehmen.

Die Besatzungsverminderung.

≠ **Berlin,** 12. Okt. **(Tel.)** Über die Zurückziehung von englischen und belgischen Besatzungstruppen im besetzten Gebiet liegen nunmehr folgende Mitteilungen vor: Von der englischen Besatzung wird die Stadt Idstein völlig geräumt werden. Aus Königstein werden zwei Kompagnien zurückgezogen werden. Außerdem werden verschiedene Stäbe und Dienststellen aus Wiesbaden und Ditzheim zurückgezogen werden. Die Gesamtzahl der zurückgezogenen englischen Truppen beträgt etwa 1000 Mann. Von den belgischen Truppen werden zwei Bataillone des Inf.-Regts 1 zurückgezogen werden. Sie liegen zurzeit in Geilenkirchen und Lindern. Ob aber diese Ortschaften von der Besatzung frei werden, steht noch nicht fest. Auch bei den belgischen Truppen handelt es sich um etwa 1000 Mann. Zu ihnen gehören auch einige Stäbe aus Aachen und anderen Orten.

Ein Regierungsvertreter beantwortete die großen Anfragen dahin, daß es leider nicht in menschlicher Möglichkeit liege, die Schäden auch nur annähernd zu erstatten. Es komme vor allem auf schnelle Bereitstellung der verfügbaren öffentlichen Mittel an. Draußen im Lande sei auch anerkannt worden, daß die Hilfe schnell geleistet worden sei. Das gelte auch für die Rheinprovinz. Der Minister habe sich von den Unwetterschäden überzeugt. Eine Hilfsaktion sei eingeleitet worden und mit der Verteilung der Beträge sei alsbald begonnen worden. Der preußische Finanzminister hätte ebenso wie der Reichsfinanzminister für alle betroffenen Gebiete weitgehende Steuererleichterungen verfügt. Außerdem solle die Zurückzahlung der landwirtschaftlichen Kredite mit der größten Schonung erfolgen Die verlangte Verbesserung der Flußläufe sei veranlaßt. Die erforderliche Finanzierung sei vom preußischen Finanzminister eingeleitet worden. Außerdem beabsichtige die Staatsregierung, für einzelne besonders geschädigte Gebiete umfassende Entwürfe vorzulegen, die durch Gesetz finanziert werden sollen Die Vorlegung dieser Entwürfe werde voraussichtlich noch im nächsten Halbjahr erfolgen.

Das Haus überwies dann sämtliche Anträge und Anfragen dem Hauptausschuß.

Angenommen wurde ein deutschnationaler Antrag, der das Staatsministerium ersucht, alsbald Staatsmittel für die Rückzahlung der von der Deutschen Rentenbankkreditanstalt an die Landwirtschaft in Höhe von 293 Millionen RM. gegebenen und zum 7. November fälligen Kredite einstweilen zur Verfügung zu stellen und auf die Reichsregierung einzuwirken, daß diese Reichsmittel zum gleichen Zweck hergibt sowie die Einziehung der vorausgezahlten Kredite von den landwirtschaftlichen Schuldnern bis zu deren wiederhergestellter Leistungsfähigkeit zu stunden.

Das Haus vertagt sich dann auf Donnerstag zwölf Uhr: Flaggennotverordnung — kleine Vorlagen.

Schluß gegen 17.30 Uhr.

*

Zur Mandatsniederlegung des preußischen Landtagsabgeordneten Art-Kreuzburg (DB) erfahren wir, daß sein Nachfolger der Gewerkschaftsführer Streiter sein wird. Streiter gehörte früher dem Reichstage an.

Keine vorzeitige Auflösung des Landtages

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung" hat in einem Artikel die Frage aufgeworfen, wann der preußische Ministerpräsident Braun den Landtag auflöse. Das Blatt schreibt u. a.: „Es ist durchgesickert, daß der Chef des preußischen Kabinetts nicht die Absicht hat, die Erneuerung des Landtages, die fristmäßig wie die des Reichstages am 7. Dezember 1928 fällig ist, mit Neuwahlen im Reiche zusammenfallen zu lassen. Die Gründe? Herr Braun will bei den nächsten Wahlen sich endlich die Machtposition schaffen, die er bisher infolge einer labilen Koalition ohne ausreichende Mehrheit schmerzlich vermißte. Er will der Sozialdemokratie den günstigen Zeitpunkt für Wahlen aussuchen."

In parlamentarischen Kreisen wird uns auf Anfrage mitgeteilt, daß eine solche Annahme zumindest im gegenwärtigen Augenblick unberechtigt sei. Interfraktionelle Besprechungen über diese Frage sollen bisher nicht stattgefunden haben. Auch soll zwischen den drei für eine Auflösung in Frage kommenden Stellen, dem preußischen Ministerpräsidenten, dem Landtagspräsidenten und dem Präsidenten des preußischen Staatsrats eine Besprechung über diese Frage noch nicht stattgefunden haben.

Zum Schluß bemerken wir noch, daß das Zentrum und die beiden anderen preußischen Koalitionsparteien bekanntlich eine Vereinbarung getroffen haben, daß die Koalition solange zusammen bleibt, bis der Landtag sein natürliches Ende findet.

Der Südtiroler Rechtsanwalt Nicolussi, dem vor kurzer Zeit von den italienischen Behörden die Amtsanwaltskanzlei und die Tätigkeit in seiner Praxis untersagt worden war, hat sich, wie die „Voss. Ztg." meldet, der ihm drohenden Verhaftung durch die Flucht entzogen. Nach mühevoller Wanderung über die Ötztaler Alpen konnte er sich nach Österreich und Deutschland in Sicherheit bringen.

Aus der Stadt.

Münster, 13. Oktober.

* **Neue Verkehrsregelung.** Das Fortschreiten der Straßenbauarbeiten auf der Salzstraße und auf der Warendorfer Straße hat eine Neuregelung des Verkehrs erforderlich gemacht. Die Einzelheiten sind aus der Bekanntmachung der Polizeiverwaltung im Anzeigenteil zu ersehen.

* **Großer Obstmarkt im Gertrudenhof zu Münster.**

Nachdem bereits vor einigen Tagen mitgeteilt wurde, daß auch in diesem Jahre wieder ein allgemeiner Obstmarkt stattfinden kann, können wir heute nähere Angaben über diesen Obstmarkt machen. Das Obst wird nur einheitlich sortiert und verpackt in guter Qualität zum Verkauf kommen in der beliebten Kistenpackung, bei der die Devise lautet: „Unten wie oben", d. h., die Früchte unten in der Kiste sind ebenso gut, wie die obere Lage Der Obst- und Gemüseverband für Westfalen und Lippe, der diesen Obstmarkt veranstaltet, sieht eine seiner größten Aufgaben darin, die westfälische Verbraucherschaft mit wirklich gutem, dauerhaftem und auch pflückreifem Obst zu versorgen. Die bisher stattgehabten Obstmärkte in Herford, Unna und Arnsberg waren von bestem Erfolg und haben gezeigt, daß diese Obstmärkte zur Versorgung der westfälischen Bevölkerung unbedingt erforderlich sind. Der Obstmarkt beginnt vormittags 9 Uhr.

Vermischtes.

Fünfzehn Schulkinder durch Handgranaten verletzt.

Stuttgart, 12. Okt. Bei der Reinigung des Kanals zwischen Gaisburg und Berg sind Revolver und Munition und Handgranatenkapseln, die vermutlich in der Revolutionszeit ins Wasser geworfen worden sind, zum Vorschein gekommen. Schulkinder nahmen die Kapseln an sich und spielten mit ihnen. Verschiedene explodierten. Fünfzehn Kinder erlitten Verletzungen. 120 Kapseln konnten den Kindern abgenommen werden.

Ein japanischer Vulkan in Tätigkeit.

London, 12. Okt. Der japanische Vulkan Abayama wirft nach Berichten aus Tokio dicke schwarze Rauchwolken aus und bedeckt das Gebiet in weitem Umkreise mit weißer Asche. Der Ascheregen erstreckt sich bis 70 Meilen östlich von dem Vulkan.

Stegerwald über Kernfragen der Innen- und Außenpolitik.

Kreisparteitag der Zentrumspartei des Kreises Steinfurt.

h **Burgsteinfurt**, 12. Oktober

Am Mittwochnachmittag fand im Ludwigshause der Kreisparteitag der Zentrumspartei des Kreises Steinfurt statt, dem eine

Sitzung der Kreisvertretung

am frühen Nachmittag voraufging. Die Kreisvertretersitzung, an der auch Ministerpräsident a. D. Dr. Stegerwald teilnahm, war von den Mitgliedern der Kreisvertretung, sowie von den Vorständen der Ortsvertretungen, den Vertrauensleuten und anderen Parteifreunden recht zahlreich besucht. Der Kreisvorsitzende Rektor **Fründt**-Borghorst, eröffnete die Sitzung mit Worten herzlicher Begrüßung. In seinem Geschäftsbericht erinnerte er an die Gründung der kommunal-politischen Vereinigung des Kreises, der heute fast sämtliche Gemeinden angehören. Er verbreitete sich dann länger über die Organisation und vor allem über die Finanzfrage und gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Kreis in der Lage sein werde, die im kommenden Etat für den Kreis voraussichtlich festgesetzte Summe von 5000 Mark an die Provinz abführen zu können.

Herr Dr. **Hupers**-Münster als Vertreter des Generalsekretariats hielt dann ein kurzes, inhaltreiches Referat über Organisationsfragen und die Winterarbeit der Partei. Ausgehend von den im nächsten Jahre bevorstehenden Parlamentswahlen betonte er die Notwendigkeit gründlicher Parteiarbeit, um die Wählermassen aus der herrschenden politischen Stagnation herauszubringen. Die grundlegende Arbeit sah er in der engen Zusammenarbeit in den Ortsvereinen. Die großen allgemeinen Zentrumsversammlungen hielt er zwar für zweckmäßig, betonte aber die Notwendigkeit von Vertrauensmännerkonferenzen. Mit allem Nachdruck wies er auf die Qualität der Ortsvorsitzenden hin, die in manchen Orten eine Frage der Persönlichkeit sei. Die Zusammenarbeit zwischen einem befähigten Vorsitzenden, den Vertrauensleuten und den Wählern nannte er die conditio sine qua non. Des längeren verbreitete Dr. Hupperz sich dann über den Stoff, der in den schon in 4—5 Wochen einzuberufenden Versammlungen zu behandeln ist. Hier nannte er u. a. besonders die alle Katholiken einigende Schulfrage, das Reichsschulgesetz. Er hielt es für zweckmäßig, die Versammlungen unter dem Namen Schulsonntag einzuberufen. Diese Versammlungen würden auch eine Erleichterung für die Hereinbringung der Parteibeiträge bedeuten. Der jetzt aufgestellte Parteietat für die Provinz Westfalen beläuft sich auf ungefähr 32 000 Mark, von denen eine Rücklage für das Reichsgeneralsekretariat Berlin abgeführt und ein Fonds für die kommenden Parlamentswahlen hinterlegt werden soll. Des weiteren werden von dieser Summe die Gehälter, Mieten usw. bestritten. Diese Etatssumme soll in Zukunft auf sämtliche Kreise der Provinz umgelegt werden, so daß der Parteibeitrag je Wähler und Jahr rund 25 Pfennig betragen dürfte.

Das in der Aussprache eingehend zerpflückte Referat wurde beifällig aufgenommen. U. a. wies Studienrat **Hilgenberg**-Rheine auf die Notwendigkeit der Wahlrechtsreform hin und forderte engere Fühlungnahme der Abgeordneten mit den Wählern. Fabrikant **Schilgen**-Emsdetten betonte u. a. die notwendige Einigkeit innerhalb der Partei zu den bevorstehenden Wahlen. Im übrigen befaßte sich die Aussprache in der Hauptsache mit Fragen der inneren Organisation und der Werbetätigkeit zu den bevorstehenden Wahlen. Kaplan **Lindemann**-Holthausen wies in diesem Zusammenhang noch darauf hin, daß einzelne dem Zentrum in den letzten Jahren ferngerückte Kreise der Landwirtschaft dem Zentrum wieder gewonnen werden müßten, da sie einmal kulturell auf dem Boden des Zentrums ständen und weil zum anderen die Zentrumspartei auch in wirtschaftlicher Hinsicht recht viel für die Landwirtschaft getan habe. Er stellt fest, daß in letzter Zeit schon eine Aenderung zum Besseren zu verzeichnen sei.

Ministerpräsident a. D. Dr. **Stegerwald** griff zum Schluß der Sitzung in die Diskussion ein und bemerkte zu der angestrebten Wahlrechtsreform, daß die Zentrumsfraktion in der nächsten Woche eine Interpellation zur Wahlrechtsreform einbringen werde. Der kommende Winter würde im Zeichen der bevorstehenden Parlamentswahlen stehen. Man wisse heute noch nicht, wann die Wahlen stattfinden würden, ebenso sei noch nicht bestimmt, ob die Parlamentswahlen wie im Dezember 1924 zu gleicher Zeit oder getrennt stattfinden würden. Er hielt es für zweckmäßig, die Wahlen im Mai abzuhalten und nicht im Herbst. Des weiteren verbreitete er sich kurz über die Fragen des Reichsschulgesetzes und der Beamtenbesoldung. Dem Reichsschulgesetz ständen zwei Schwierigkeiten entgegen: einmal die (jetzt zwar beigelegte) Uneinigkeit im eigenen Lager und zum anderen die Stellung der Deutschen Volkspartei, die von den Demokraten und von der Deutschnationalen Volkspartei bearbeitet werden. Während die Demokraten die Volkspartei, deren eigenes Ideal die Simultanschule ist, für diese zu begeistern suchen, drängen auf der anderen Seite die Deutschnationalen für die konfessionelle Schule, wie sie auch von den evangelischen Elternbeiräten gefordert wird.

Damit war die Kreisvertretersitzung beendet. Es folgte im großen Saale des Ludwigshauses

die öffentliche Zentrumsversammlung,

die über Erwarten gut besucht war. In dieser Versammlung sprach

Ministerpräsident a. D. Dr. Stegerwald

der am Sonntag in Paderborn und am Dienstagabend in Ibbenbüren in großen Zentrumsversammlungen gesprochen hatte, zur außenpolitischen, wirtschafts-, steuer- und sozialpolitischen Lage und über die Aufgaben und die Lage der Zentrumspartei. Er führte u. a. folgendes aus:

Wir reden von einem Dreißigjährigen Krieg und einem Siebenjährigen Krieg. Der letzte Krieg hat auch nicht 4 Jahre, sondern etwa 20 Jahre gedauert. Er begann auf dem Balkan. Zunächst zwischen den Balkanvölkern einerseits und der Türkei andererseits und später zwischen den Balkanvölkern untereinander. Am Balkan lag auch der Wetterwinkel für den Weltkrieg. Dieser dauerte von 1914 bis 1924, denn auch der Ruhreinbruch und der Kampf mit dem Separatismus am Rhein waren Bestandteile des Krieges. Erst die Annahme des Dawesplanes von 1924 bedeutete praktisch die Einleitung des Friedens. Trotzdem wir unterdessen in den Völkerbund eingetreten sind, sind wir

von einer Befriedung Europas noch weit entfernt.

Amerika lehnt es bekanntlich ab, dem Völkerbund beizutreten, weil es nicht erneut in die europäischen Händel verstrickt werden will. Die Teilnahme Amerikas am letzten Weltkriege erfolgte einmal, um zu verhindern, daß Deutschland der Beherrscher Europas werde, und dann wollte Amerika sich seine Guthaben als Gläubiger der europäischen kriegsführenden Staaten sichern. Als es sich 1917 am Kriege beteiligte, waren England, Frankreich, Italien usw. bereits stark an Amerika verschuldet. Nun will sich aber Amerika nicht so bald wieder in europäische Händel verstricken lassen. Dann gehört Rußland ebenfalls dem Völkerbund noch nicht an. Rußland will sich mit dem ihm zudiktierten Friedensschluß nicht abfinden, ihm sind Polen, sein ganzes Ostseegebiet und Bessarabien abgenommen worden. Aber auch innerhalb des jetzigen Teilvölkerbundes gibt es noch große Differenzen. Seither war dieser Bund nur ein Instrument der europäischen Siegerstaaten, insbesondere Englands und Frankreichs. Selbst der italienische Großstaat war seither innerlich nur halb beim Völkerbund. Das kommt daher, weil Italien aus dem Kriege völlig unbefriedigt hervorgegangen ist. Italien ist an sich noch keine Großmacht. Es suchte während des letzten Krieges günstigere Landgrenzen zu bekommen. Diese hat es gegen den Osten, gegen Oesterreich, nicht aber gegenüber dem Westen, gegenüber Frankreich erreicht. Das zweite Kriegsziel Italiens war, Siedlungskolonien zu bekommen, die es ebenfalls nicht erhalten hat. Italien kann, ebenso wie Deutschland, seine Bevölkerung auf heimischem Boden nicht ernähren. Es muß jedes Jahr einige Hunderttausend Auswanderer an fremde Staaten abgeben. Italien hat zuviel Menschen, aber so gut wie keine Siedlungskolonien, Frankreich hat zu wenig Menschen, aber in nächster Nähe von Italien, in Algier, Tunis usw. große Siedlungskolonien. Darin beruht der italienisch-französische Gegensatz. Der

deutsch-französische Gegensatz

besteht, abgesehen von der Revision des Dawesplanes einmal in der Räumung der Rheinlande, dann in der großen Frage der allgemeinen Abrüstung. Die Abrüstungsfrage entwickelt sich immermehr zum Prüfstein des Völkerbundes. In den letzten Wochen hat sich in Genf gezeigt, daß die kleineren Staaten es immer mehr ablehnen, im Völkerbund nur die Trabanten der beiden Großmächte England und Frankreich, zu sein. Die kleinen Staaten bilden aber die Mehrheit im Völkerbund. Diese haben in der Frage der Abrüstung ähnliche Interessen wie Deutschland. Die allgemeine Abrüstung aber bedeutet — darüber müssen wir uns klar sein — eine Veränderung der Welt und eine Veränderung von Europa. England ist, gemäß dem frommen Wunsche: Heiliger Florian, verschone mein Haus, brenn andere an! für Abrüstung zu Lande, nicht aber für Abrüstung zur See. Frankreich dagegen umgekehrt. Von einer wesentlichen Abrüstung zur See befürchtet England eine Gefährdung seines Weltreiches. Von derselben Stunde an, in der England keine starke Seemacht mehr darstellt, verlieren Indien, Australien, die afrikanischen Kolonien Englands Kanada usw. ihr Interesse zur Verbundenheit mit England. Auch für Frankreich ist die Frage der Abrüstung eine harte Nuß. Frankreich hat im letzten Krieg gesiegt nicht aus eigener Kraft, sondern durch eine Weltkonstellation, die wohl nie wiederkehren wird. Es hat Elsaß-Lothringen wiederbekommen, es hat die Vorherrschaft in Europa erlangt. Nun stellen die Franzosen ein Volk von 40 Millionen Menschen, die Deutschen mit Oesterreich ein solches mit 70 Millionen Menschen dar. Gegenwärtig hat sich Frankreich dreifach gesichert: einmal durch die Entwaffnung Deutschlands, dann durch den Locarnopakt im Westen und schließlich dadurch, daß es mit der Tschechoslowakei und mit Polen besondere Sicherheitsabkommen getroffen hat. Diesen letzteren Abkommen traut indes Frankreich nicht. Bismarck hat einmal gesagt: Politische Verträge müssen, wenn sie von Dauer sein sollen, wirtschaftlich unterfüttert sein!

Wirtschaftlich aber kann Frankreich Polen und der Tschechoslowakei nichts nützen. Beide Staaten sind zwischen Rußland und Deutschland eingekeilt. Frankreich ist heute durch den Ausgang des Krieges und durch sein starkes Heer ein politischer Koloß, der weltwirtschaftliche gesehen, auf tönernen Füßen steht. Der Befriedung Europas steht gegenwärtig in der Hauptsache dreierlei entgegen: einmal die allgemeine Abrüstung, mit der aus den dargelegten Gründen sich England und Frankreich nicht befreunden wollen; dann die Tatsache, daß der letzte Weltkrieg auf der einen Seite saturierte (gesättigte) Staaten in Europa geschaffen hat und auf der anderen Seite solche, die mit ihren neugezogenen Grenzen und mit ihrer Gesamtstellung, die man ihnen in Europa zugewiesen hat, nicht zufrieden sein können. Deutschland hat seine Wunde im Osten in dem polnischen Korridor und in der sinnlosen Auseinanderreißung Oberschlesiens; Rußland hat seine große Wunde im Westen und in Bessarabien; Ungarn seinen Streit mit Rumänien; Italien steht im Interessentenkonflikt mit Frankreich. Schließlich werden die Fortschritte im europäischen Frieden dadurch erschwert, daß wir im nächsten Jahre in den größten europäischen Ländern vor Neuwahlen stehen, wodurch die Bewegungsfreiheit der maßgebenden Außenminister stark eingeengt wird. Für Deutschland ist insbesondere der Zustand, daß es allein abrüstet, untragbar. Wir können unsere Menschen auf dem uns verbliebenen Flächenraum nicht ernähren. 12—15 Millionen Deutsche müssen vom Außenhandel leben, und diesen Außenhandel und mit ihm die Existenz von 12—15 Millionen Menschen können wir gegenwärtig nicht aus eigener Kraft schützen, weil man uns einseitig entwaffnet hat. Wir können aber auch die Existenz von so vielen Deutschen nicht auf die bloße Laune und Gnade anderer Großmächte setzen. Das ist für ein Volk mit mehr als 60 Millionen Menschen, das im Wachsen begriffen ist, eine Unmöglichkeit.

In diesen wenigen Sätzen ist die Lage Europas frei von jeder Phrase und von jeder theatralischen Geste klar umschrieben. Daraus geht hervor, daß solch gewaltige Aufgaben gemeistert werden müssen, bevor von einer Befriedung Europas die Rede sein kann, bevor das deutsche Volk in Ruhe und Sicherheit in die Zukunft sehen kann.

Weite Kreise machen sich keine Vorstellung darüber, was in den letzten Jahren alles gelitten werden mußte, um die deutsche Wirtschaft wieder gleichberechtigt in das Weltgefüge einzugliedern. Der Versailler Vertrag sah eine Reihe wirtschaftlicher Knebelungen gegen Deutschland vor. Lange Jahre herrschte die Kriegspsychose gegen Deutschland nach, die auch für neue wirtschaftliche Anbahnungen sehr ungünstig war. Europa ist balkanisiert worden, Rußland und Oesterreich-Ungarn, ehedem sehr starke Abnehmer Deutschlands, sind entweder staatlich auseinandergerissen oder wirtschaftlich ruiniert. Im Innern wurde durch die zentralistische Kriegswirtschaft das Kartell- und Preiskonventionswesen, wie wir es nach dem Kriege vorfinden, sehr begünstigt, so daß heute von einer freien Konkurrenz fast nirgends mehr die Rede ist. Von 1914—25 bestanden keine Agrarzölle, aber Industriezölle u. teilweise Einfuhrverbote für Industrieartikel. Selbst heute sind Zölle für verschiedene Industrieartikel noch zu hoch; sie sind einer Preissenkung im Innern hinderlich. In England und Amerika ist in den letzten Jahren der Preisindex stark gesenkt worden, trotzdem dort im allgemeinen höhere Löhne und Mieten bezahlt werden mußten, als in Deutschland. In Deutschland war lediglich der Kapitalzins teurer wie im Ausland. Dadurch wird die Konkurrenzfähigkeit Deutschlands gegenüber dem Auslande erschwert und die Kaufkraft im Innern verringert. Wir haben erst wieder etwa Zweidrittel unseres Anteiles am Welthandel erreicht im Vergleich zu 1913. Gegenwärtig wird darüber gestritten, ob Deutschland seine Warenausfuhr mehr steigern oder seine Lebensmitteleinfuhr stärker verringern müsse. Der Streit ist müßig. In Wahrheit muß beides geschehen. Wir müssen unsere Ausfuhr insbesondere an Fertigfabrikation erhöhen und müssen im Innern neben der Industrie auch in der Landwirtschaft intensiver wirtschaften. Das Schlagwort vom „lückenlosen Zolltarif" allerdings ist „lückenloser Unsinn". Deutschland kann vom Auslande in der Hauptsache nur industrielle Rohstoffe und Halbfabrikate sowie bestimmte Arten von Lebensmitteln beziehen. In ähnlichem Maße, in dem unsere Einfuhr an diesen Artikeln sinkt, wird unsere Ausfuhr an Fertigfabrikaten nach den gleichen Ländern erschwert. Die anderen Länder suchen ebenso ihre Handelsbilanz in Ordnung zu bringen und zu halten, wie wir es tun. Die Weltwirtschaftskonferenz hat sich für einen Ausbau der europäischen Zollmauern ausgesprochen. Deutschland muß seine Industriezölle für eine Reihe Positionen ermäßigen. Nachher ist die Parität zwischen Industrie- und Agrarzöllen im Vergleich zur Vorkriegszeit herzustellen. Gegenwärtig haben wir in Deutschland

eine künstliche Hochkonjunktur,

die weder in der deutschen Beteiligung am Welthandel noch in der Warenzirkulation und der Kaufkraft im Innern begründet ist. Sie dürfte in der Hauptsache darauf zurückzuführen sein, daß in den letzten Jahren viele Milliarden Mark ausländisches Kapital nach Deutschland geflossen und in starkem Maße in Investierungen und technischen Verbesserungen der Betriebe angelegt worden sind.

Das deutsche Volkseinkommen wird gegenwärtig im Jahre auf etwa 60 Milliarden Mark geschätzt oder etwa 1000 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung.

Die öffentlichen Abgaben in Deutschland

betragen einschließlich der Reparationslasten der deutschen Reichsbahn und der Industrie etwa 13 Milliarden oder und 200 Mk. auf den Kopf der Bevölkerung. Es müssen also mehr als 20 Prozent des Volkseinkommens an öffentlichen Abgaben entrichtet werden. In England ist das Verhältnis ein ähnliches, nur daß dort das Volkseinkommen jährlich mehr als 80 Milliarden Mark oder rund 2000 Mark auf den Kopf der Bevölkerung beträgt. Bei 2000 Mk. Einkommen auf den Kopf der Bevölkerung können die Engländer leichter 400 Mark Steuern aufbringen, als Deutschland bei 1000 Mk. Einkommen 200 Mk. öffentliche Lasten auf den Kopf der Bevölkerung aufbringen kann. Man redet in Deutschland viel

von der Notwendigkeit einer Steuersenkung

und denkt dabei in erster Linie an die Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuer. Die Realsteuern müssen in Deutschland tatsächlich in absehbarer Zeit verringert werden. Ueber die Hauszinssteuer, die ohne Zweifel auch eine rohe Steuer ist, bestehen sehr viele Unklarheiten. Ob diese Steuer den richtigen Namen hat, ist sehr fraglich, auch bedarf sie noch sehr der Verfeinerung. Heute haften ihr noch viele Ungerechtigkeiten an. Ihre restlose Beseitigung aber dürfte in absehbarer Zeit ausgeschlossen sein. Vor dem Kriege war der städtische Grundbesitz in Deutschland mit 70—75 Milliarden Mark Hypotheken belastet. Davon brauchte er nur 25 Prozent aufzuwerten. Wenn heute der Kern der Hauszinssteuer beseitigt würde, würde das bedeuten, daß ein verhältnismäßig kleiner Kreis ehemaliger Hypothekenschuldner plötzlich um mehr als 50 Milliarden Mark bereichert würde. Glaubt man, daß die ehemaligen Hypothekengläubiger oder jene, die durch die Kriegsanleihen in Staats- und Stadtobligationen fast ihr ganzes Vermögen verloren haben, sich dieses ruhig gefallen ließen? So käme die ganze Aufwertungsgesetzgebung wieder ins Rutschen, das Ausland würde viele Milliarden Mark Kredite von Deutschland zurückziehen, wir ständen vor der Finanzkontrolle durch die Entente. Eine wesentliche Steuerermäßigung ist in Deutschland nur unter dreierlei Voraussetzungen möglich:

1. Dadurch, daß das deutsche Wirtschaftsleben sich weiter hebt, das Steuererhebungsverfahren verbessert wird und damit die Einkommensteuer noch höhere Erträgnisse liefert; dann können andere noch drückendere Steuern ermäßigt werden.

2. Durch eine organische durchgreifende Verwaltungsreform mit denkbar einfachster und sparsamster Verwaltung in Reich, Ländern und Gemeinden; diese Reform kann sich aber erst nach Jahren auswirken, weil die Beamten ja lebenslänglich angestellt sind.

3. Durch eine durchgreifende Revision des Dawesplanes, die aber in den ersten Jahren nur geringe Aussicht hat, verwirklicht zu werden.

Alle anderen Steuersenkungsrezepte sind schöne Theorien. Wer etwas anderes sagt, sagt entweder die Unwahrheit, oder er betreibt Demagogie. Das macht gegenwärtig die Wirtschaftspartei, früher hat es die Deutschnationale Volkspartei getan. Als letztere zur Regierungsverantwortung kam, mußte sie in der Aufwertungspolitik und in der Steuerpolitik das Entgegengesetzte dessen tun, was sie früher ihren Wählern versprochen. Das Gleiche geschieht von der Wirtschaftspartei gegenwärtig in Sachsen, seitdem sie in der Regierung vertreten ist.

Eine Reform der Beamtenbesoldung

ist in Deutschland ein wirtschaftlich tief einschneidender Vorgang. Das kommt daher, daß das Beamtenheer in Deutschland außerordentlich groß ist, daß in Deutschland zu viele Verrichtungen von Beamten ausgeführt werden, die in anderen Ländern Privatangestellte tätigen. In Deutschland dürfte es im Reich, in den Ländern, Gemeinden, sonstigen öffentlichen Körperschaften, in der Reichsbahn und Reichspost, an 2,5 Millionen Beamte geben. Darunter befinden sich allein zwischen 500 000 bis 700 000 Pensionäre. Es gibt kein zweites Land der Welt, das, wie Deutschland in Reichsbahn und Reichspost mehr als 600 000 Beamte unterhält; es gibt kein zweites Land der Welt, in dem, wie in Deutschland, mehr als 200 000 Volksschullehrer öffentlich-rechtliche Beamte sind; in keinem zweiten Lande der Welt gibt es ½ Million Kommunalbeamte, wie in Deutschland; kein zweites Land der Welt zahlt jährlich, wie Deutschland, 1½ bis 1¾ Milliarden Mark an Beamtenpensionen. Die Reichsbahn allein zahlt über 1 Milliarde Mark an Gehältern und daneben über 400 000 Millionen Mark, also ⅔ der Gehälter der aktiven Beamten, an Pensionen. Bei einer Beamtenbesoldung in Deutschland einschließlich der Pensionen und der Fürsorge für Kriegsbeschädigte (auf diese wirken Gehaltserhöhungen automatisch zurück) ist auszugehen von einem Ausgabensatze von rund 8 Milliarden Mark, die jährlich an Gehältern, Pensionen und für Zuwendungen an Kriegsbeschädigte verausgabt werden; diese verteilen sich wie folgt: 1. Gehälter bei Reichsbahn und Reichspost 2 Milliarden; 2. Gehälter für Verwaltung des Reiches, der Länder und Gemeinden (Steuer- und Zivilverwaltung) 1¼ Milliarden; 3. der Volks- und Gewerbeschullehrer, Gymnasial- und Hochschulprofessoren 1 Milliarde; 4. Gehälter an Justiz- und Polizeibeamte sowie an die Reichswehr ¾ Milliarden; 5. Pensionen in Reich (Militär- und Zivilpensionen), Ländern und Gemeinden, Reichsbahn und Reichspost 1½ bis 1¾ Milliarden; 6. Kriegsbeschädigte 1¼ Milliarden. Eine Erhöhung der Gehälter um 10 Prozent bedeutet also eine Belastung der deutschen Wirtschaft von rund 800 Millionen Mark. Die jetzt in Vorlage gebrachte Beamtenbesoldung wirkt sich etwa mit 1½ Milliarden Mark aus.

Der gegenwärtige Zustand, wonach Deutschland an 2,5 Millionen öffentlich-rechtliche Beamte unterhält, resultiert aus dem Obrigkeitsstaat und hatte in ihm Logik und Sinn. Der alte Staat wurde in der Tat von Beamten regiert. Das war sein Vorzug und sein Verhängnis zugleich; es herrschte peinliche Ordnung im Staate, es fehlte aber auch die politisch-schöpferische Gestaltungskraft, worauf in der Hauptsache Deutschlands Zusammenbruch zurückzuführen ist. Eisenbahn und Post waren im alten Staate in starkem Maße militärisch disziplinierte Betriebe, was heute, auch im Interesse des Personals, kein Mensch mehr will. Im demokratischen Staat ist die Fortführung des früheren Beamtensystems sinnwidrig und schließt in sich viele politische und Korruptionsgefahren. Bei einem großen Beamtenheer besteht in einem demokratischen Staate die stete Gefahr, daß es entweder in Abhängigkeit gerät zu den Regierungsparteien oder ein Instrument der Oppositionsparteien wird oder aber gar, daß sich die Beamten der Parteien und Parlamentsführung bemächtigen und so praktisch der „demokratische" Staat wieder von seinen eigenen Angestellten und Pensionären regiert wird. Keine dieser drei Möglichkeiten und Gefahren sind, vom Standpunkt der Demokratie und der Staatsreinlichkeit aus gesehen, als Dauerzustand tragbar. Es werden Mittel und Wege gefunden werden müssen, die den Staats- und Kommunal-, sowie den Reichsbahn- und Reichspostangestellten eine möglichst große Sicherheit in der Existenz und im Alter gewähren (wenn die Arbeiter für sich eine größere Sicherheit erstreben, dann können sie diese den öffentlich-rechtlichen Angestellten nicht vorenthalten), ohne daß die umschriebenen Gefahren ständig wie ein Damoklesschwert in der Luft hängen. In Bayern hat man zum Teil diesen Weg schon beschritten, indem man für die Kommunalbeamten eine Landesversorgungskasse eingerichtet hat. Wenn politische Reinlichkeit die Grundlage des demokratischen Staates sein soll — und ohne diese läßt er sich nicht halten —, dann ist das ähnlich, wie in England, als Dauerzustand nur möglich bei einem verhältnismäßig nur kleinen eigentlichen Beamtenstab, der anständig bezahlt und sichergestellt werden muß.

Bei nahezu 2 Millionen aktiven Beamten (ohne Pensionäre), die in Stadt und Land die allerverschiedensten Verrichtungen ausführen, kann mit zentralem Schematismus ebensowenig eine gerechte Besoldungsordnung durchgeführt werden, wie für 2 Millionen in den verschiedensten Berufen beschäftigte Arbeiter die Löhne nicht durch einen einheitlichen zentralen Tarifvertrag geregelt werden können. Eine solche schematische Regelung führt zu ständigen Differenzen unter den Beamten einerseits und zwischen den Beamten, Arbeitern und Angestellten andererseits. So waren beispielsweise seither die ledigen Beamten in den untersten Stufen in ihren Anfangsgehältern außerordentlich schlecht gestellt, vielfach schlechter als gleichartige Arbeiter. Der unterschiedliche Kinderzuschlag für Arbeiter und Beamte in Eisenbahn und Post, die teilweise einen und denselben Dienst tun, wirkt sich außerordentlich unsozial und ungerecht aus. Die in Gruppe X eingestuften akademisch gebildeten Beamten sagen, daß sie nach der Besoldungsreform etwa an 80 Prozent ihres Friedensgehaltes heran kämen und daß eine Erhöhung auf 90 Prozent wohl nicht als unbillig angesehen werden könne. Dafür wird man Verständnis aufbringen müssen. Dagegen wird eingewendet, daß dieser Wunsch sich nicht verwirklichen lasse ohne starke Rückwirkungen nach unten und oben, und daß dann die ganze Besoldungsordnung von Grund auf geändert werden müsse.

Daneben kommt die Umgebung des Reparationsagenten und sagt, daß von allen europäischen Staaten, die am Kriege beteiligt gewesen sind, mit alleiniger Ausnahme Englands (das aber nur wenige Beamte hat), zur Zeit Deutschland seine Beamten am höchsten besoldet. In Belgien, Frankreich, Italien, Oesterreich, der Tschechoslowakei, Polen usw. seien die Beamten überall geringer besoldet als in Deutschland. Die deutschen Taten stimmten nicht überein mit den ständigen Hinweisen darauf, daß Deutschland die Daweslasten nicht aufbringen könne.

Weiterhin herrscht in den Kreisen der kleinen Landwirte, in weiten Mittelstands- und Arbeiterkreisen, sowie in den Reihen der Aufwertungsgläubiger bereits eine starke Erregung über das Ausmaß der gegenwärtigen Beamtenbesoldung. Kleinere Bauern, Mittelständler und Aufwertungsgläubiger sagen, daß ein weit geringerer Betrag ausreichend gewesen wäre. Die möglichen Ersparnisse hätten für Senkung der Realsteuern und für die Erleichterung des Loses der Inflationsverarmten verwendet werden müssen.

Auch über

die Sozialpolitik der Nachkriegszeit

herrschen noch die unklarsten Begriffe. Man redet heute viel über die hohen „sozialen Lasten", ohne sich Rechenschaft darüber zu geben, worauf sie zurückzuführen sind. In der Kranken-, Invaliden-, Knappschafts- und Angestelltenversicherung sowie in der Wohlfahrtspflege werden heute etwa 1 Milliarde Mark jährlich verausgabt für Folgeerscheinungen des Krieges, die an sich staatspolitische und nicht spezifisch sozialpolitische Verpflichtungen darstellen. Von der kommunalen Wohlfahrtspflege werden sodann heute beispielshalber Hunderttausende Inflationsverarmter unterstützt. Weiter werden zahllose Menschen von der Wirtschaft absichtlich erwerbslos gemacht. Wir leben gegenwärtig im Zeitalter der Rationalisierung der Preiskonventionen, der Kartelle und Truste im Gegensatz zu früher, wo die freie Konkurrenz bestand. Diese drücken die Preise und schufen damit eine neue Arbeitsgelegenheit. Die neue „gebundene Wirtschaft" sucht möglichst schnell zu großem Eigenkapital zu kommen und sich damit alle technischen Verbesserungen nutzbar zu machen. Die Konzerne werden so „Sparkassen" zu Lasten der Allgemeinheit.

Die Arbeiter sagen sodann mit einem gewissen Recht: wenn Angehörige der freien Berufe und sonstige in leitenden Stellen tätige Menschen eine hohe Lebensversicherung abschließen, so findet man das ganz in der Ordnung; wenn für 500 000 bis 700 000 pensionierte Beamte die deutsche Wirtschaft jährlich 1½ bis 1¾ Milliarden Mark an Pensionen aufbringen muß, so findet man das ebenfalls in der Ordnung, wenn aber für 20 Millionen Arbeiter und Angestellte jährlich 3 Milliarden „soziale Lasten" aufgebracht werden sollen, wovon sich die Arbeiter die Hälfte von ihrem Lohn abhalten lassen müssen, dann wird damit der „Wille zur Arbeit getötet" und der „Wille zur Gesundheit gelähmt".

Und das alles spielt sich ab in einer Stunde, in der wir noch vor der „sozialen Revolution" stehen. Denn das, was wir hinter uns haben, hatte mit den sozialen Umgestaltungen noch wenig zu tun, es war überwiegend der Zusammenbruch eines überlebten Regierungssystems. Die eigentlichen sozialen Umgestaltungen, die in der Luft liegen, vermag kein Mensch aufzuhalten. Die Frage ist nur, ob sie sich organisch entwickeln oder ob sie, wie die Kommunisten es wollen, katastrophal durchgeführt werden sollen. Die Parteien von rechts und links finden den Ausgleich in diesem Wirrwarr bestimmt nicht; je länger ich im politischen Leben stehe, um so weniger glaube ich an eine ruhige organische Entwicklung in Deutschland ohne eine starke politische Mitte.

Lage und Aufgabe der Zentrumspartei.

Deutschland hat im 19. Jahrhundert auf fast allen Gebieten eine anormale Entwicklung aufzuweisen. Alte und neue Zeit, rechts und links standen sich unvermittelt gegenüber. Und in solcher Situation war die Zentrumspartei als Ausgleichspartei eine deutsche, eine europäische, eine Weltnotwendigkeit.

Auch in den nächsten Jahrzehnten ist in Deutschland eine schroffe Politik eine Unmöglichkeit. Für absehbare Zeit muß die deutsche Innenpolitik Ausgleichspolitik sein, wenn neue Katastrophen von Deutschland ferngehalten und es in organischer Entwicklung aufwärtsgesteuert werden soll.

Viele wurden seinerzeit an der Zentrumspartei irre, als sie mit der Sozialdemokratie zusammen das Versailler Friedensdiktat annahm. Heute gibt es in Europa keinen Menschen mehr mit politischem Verstand, der daran glaubt, daß ohne Annahme dieses Diktates wir neun Jahre nach dem Waffenstillstand von Compiegne wieder da ständen, wo wir heute stehen. Ohne dem gäbe es heute kein einheitliches Deutsches Reich mehr, wären wir ähnlich balkanisiert worden, wie Oesterreich aufgeteilt worden ist. Wir ständen 1927 ungefähr wieder da, wo wir 1866 gestanden haben; der deutsche Norden stände, wie ehedem Hannover, unter englischem, der deutsche Süden, von Paris bis Wien, unter französischem Einfluß. Viele wurden an der Zentrumspartei irre, weil sie 1919 in ihrer Mehrheit für Schwarz-Rot-Gold stimmte. Es wird aber nicht überdacht, daß im Hinblick auf die Vergangenheit 1919 eine Einheitsflagge nicht zu erreichen war. Es blieb nur die Wahl: Schwarz-Weiß-Rot und Rot oder Schwarz-Rot-Gold und Schwarz-Weiß-Rot. Bei solcher Lage ist selbst der jetzige unerfreuliche Zustand der bessere. Keinem maßgebenden Zentrumsführer fällt es ein, den Protestantismus durch den Katholizismus politisch beherrschen zu wollen. Die Zentrumspartei ist keine Kirche; sie ist eine politische Partei aber eine christliche Partei, und muß in stets ausgeprägterem Maße pol tische und christliche Partei werden. In den delikaten konfessionellen und kulturellen Fragen muß sie stets weise Mäßigung beobachten. Freilich muß man sich auch in evangelischen Kreisen abgewöhnen, es als anmaßend zu empfinden, wenn die Katholiken in Deutschland die ihnen ehedem lange Zeit vorenthaltene Gleichberechtigung nachdrücklichst durchzusetzen suchen. Auch ist es total falsch zu glauben, man könne die Sozialdemokratie dadurch schwächen, daß man sie dauernd von der Regierungsverantwortung ausschließt und daneben ein christliches Schulgesetz macht.

Die Zentrumspartei ist der Meinung, daß man eine falsche und verstiegene Ideologie am besten dadurch bekämpft, daß man ihr Träger zur politischen Verantwortung mit heranzieht. **Für die Zentrumspartei hört ebensowenig links von den Demokraten, wie rechts von der Deutschen Volkspartei das deutsche Volk auf. Die Sozialdemokraten sind ebenso wie die Deutschnationalen deutsche Volksgenossen.**

Das deutsche Volk muß in eine ganz andere Denkweise hineingebracht werden. Durch die Schikanen des Kulturkampfes fühlten sich viel deutsche Katholiken in den letzten Jahrzehnten konfessions- und kirchenverbunden, nicht aber ausreichend volks- und staatsverbunden. Und eine tiefe Staats- und Volksverbundenheit muß durch die Zentrumspartei nachdrücklichst herausgestellt und in das Bewußtsein aller ihrer Wähler eingeprägt werden. Durch die Entwicklung der letzten Jahrzehnte vor Kriegsausbruch durch das Dreiklassenwahlsystem in den meisten Ländern und Gemeinden ist der selbständige und intellektuelle Mittelstand sehr stark an die Seite des Besitzes gedrängt worden. In Wahrheit ist ein gewerblicher und kaufmännischer Mittelstand, auf die Dauer gesehen, gar nicht denkbar ohne ausreichende Kaufkraft der breiten Schichten. Zur Landwirtschaft zählen heute noch etwa 23 Prozent des deutschen Volkes und diese sind sich untereinander zwischen Großgrundbesitz, Kleinbauern, Pächtern, Siedlern und Landarbeitern uneiniger denn je. Um Politik machen zu können, sind aber 51 Prozent des deutschen Volkes notwendig. Absonderungen landwirtschaftlicher Kreise von der Zentrumspartei sind, schon rein wirtschaftlich gesehen, das Kurzsichtigste und Törichtste, was es gibt.

In den letzten Jahrzehnten war der Gegensatz das Primäre in dem Zusammenleben des deutschen Volkes. Das ist ein total falscher Ausgangspunkt. Das Primäre für ein Volk ist, daß es ausreichend Lebensraum in der Welt hat, das Sekundäre sind die Spannungen zwischen den verschiedenen Schichten. Wir müssen allmählich in Europa aus der Vorstellung heraus, daß es dem einen Volk nur gut gehen könne auf Kosten des anderen. Der Staat wird heute von den breitesten Schichten noch als bloße Milch gebende Kuh angesehen. Jede Gruppe sucht aus ihm das denkbar Höchste herauszupressen. In Wirklichkeit ist der Staat dafür da, dem deutschen Volke ausreichend Lebensraum in der Welt und die Gleichberechtigung unter anderen Völkern zu verschaffen, im Innern die Hindernisse, die dem geordneten Zusammenleben des Volkes im Wege stehen, zu beseitigen und allen Volksschichten den notwendigen Raum zu schaffen zur gegenseitigen geistigen und sittlichen Entfaltung der Kräfte. Viel von dem, was heute vom Staat gefordert wird, und was dieser gar nicht leisten kann, muß durch persönliche Tüchtigkeit des Einzelnen und durch die gemeinsame Selbsthilfe der einzelnen Schichten erarbeitet werden. Auch den moralischen Kräften im Volksleben muß weitgehende Freiheit und ausreichender Spielraum gelassen werden. Auch ist es total falsch, zu glauben, daß, wenn die Freiheit der Kirche und ein Reichsschulgesetz bestehen, die Zentrumspartei sich überlebt habe. Die Zentrumspartei ist in Wahrheit die einzige Mittelpartei, die die Brücke zwischen rechts und links schlägt. Sodann stehen wir in kur